

UNION IN EUROPA

CDU/CSU-Gruppe
im Europäischen Parlament

Nummer 15 · 29. November 2004 · www.cdu-csu-ep.de



Großer Erfolg für Präsident Barroso und die EVP-ED-Fraktion

Der Vorsitzende der EVP-ED-Fraktion Hans-Gert Pöttering hat Kommissionspräsident José Manuel Durao Barroso zu der mit großer Mehrheit erfolgten Wahl seiner Kommission durch das Europäische Parlament gratuliert.

"Dies ist ein großer Erfolg für Kommissionspräsident Barroso und die EVP-ED-Fraktion, die sich seit seiner Benennung durch die Staats- und Regierungschefs für eine starke Kommission unter seiner Führung eingesetzt hat", erklärte Pöttering.

Inhalt

Hans-Gert Pöttering:
Wahl der neuen
EU-Kommission
Seite 3

Peter Liese:
Kinder brauchen bessere
Medikamente
Seite 4

Markus Ferber:
Europa fit für die Heraus-
forderung machen
Seite 5

HANS-GERT PÖTTERING:

Wahl der neuen EU-Kommission

GROßER ERFOLG FÜR PRÄSIDENT BARROSO UND DIE EVP-ED-FRAKTION

Mit einer sehr großen Mehrheit von 449 Ja-Stimmen bei 149 Nein-Stimmen und 82 Enthaltungen hat das Europäische Parlament am 18. November in Strassburg der neuen Kommission unter Präsident José Manuel Durao Barroso das Vertrauen ausgesprochen. Dieses hervorragende Ergebnis ist maßgeblich bedingt gewesen durch die große Präsenz (97%) und Geschlossenheit der EVP-ED-Fraktion. Der EVP-Teil stimmte bei einer Enthaltung einstimmig für die Kommission; aus dem ED-Teil der Fraktion stimmten 18 mit Ja (also insgesamt 241), 18 enthielten sich, ein Mitglied stimmte dagegen. Damit haben über 92% EVP-ED-Fraktionsmitglieder für die Barroso-Kommission gestimmt. SPE und liberale Fraktion hatten demgegenüber jeweils sehr unterschiedliche Stimmabgaben: jeweils etwa ein Drittel dieser Fraktionen unterstützte die neue Kommission nicht.

Das Abstimmungsergebnis war ein großer Erfolg für Kommissionspräsident Barroso und die EVP-ED-Fraktion, die sich seit der Benennung Barrosos durch die Staats- und Regierungschefs für eine starke Kommission unter sei-



Hans-Gert Pöttering MdEP

ner Führung eingesetzt hatte. Die Benennung Barrosos für das Amt des Kommissionspräsidenten durch die Staats- und Regierungschefs am 29. Juni ging maßgeblich auf die EVP zurück. Es ist ihr gelungen, bereits in Anwendung der Bestimmungen der neuen Verfassung, einen Kandidaten zu benennen, der aus der po-

litischen Familie stammt, die die Europawahlen gewonnen hat. Damit konnte die EVP ihren Kandidaten entgegen einer bereits vor der Europawahl zwischen einigen Staats- und Regierungschefs getroffenen Absprache durchsetzen. Das Europäische Parlament hat am 22. Juli 2004 José Manuel Durao Barroso zum neuen Präsidenten der Europäischen Kommission gewählt.

Der Wahl der gesamten Kommission am 18. November war zunächst auf Barrosos Veranlassung eine Verschiebung der Abstimmung am 27. Oktober vorangegangen, da durch das Fehlen von Stimmen bei Sozialisten und Liberalen eine Mehrheit für die Kommission zu diesem Zeitpunkt nicht gesichert gewesen wäre. Infolge der Verschiebung der Abstimmung hat dann der italienische Kandidat Rocco Buttiglione ent-

schieden, von seiner Kandidatur zurückzutreten, um so den Weg für eine breite Unterstützung der Kommission durch das Europäische Parlament frei zu machen. Die lettische Kandidatin Ingrida Udre, die vom zuständigen Parlamentsausschuss sehr schwach bewertet worden war, wurde von ihrer Regierung zurückgezogen. Dem ungarischen Kandidaten László Kovacs, dem der zuständige Ausschuss in seiner Anhörung mangelnde Sachkenntnis bescheinigt hatte, teilte Barroso ein anderes Portfolio zu. Die daraufhin neu ernannten Kandidaten Franco Frattini (Italien) und Andris Piebalgs (Lettland) haben in ihren Anhörungen die Abgeordneten durch Kompetenz und persönliche Eignung überzeugt. Kovacs, der sich in seinem neuen Sachbereich ebenfalls einer neuen Anhörung unterziehen musste, wurde zwar erheblich schwächer, insgesamt aber auch mit ausreichend bewert-

et. Eine noch nach der Abstimmung von einem britischen Europagegner der UKIP ausgelöste und von Sozialisten und Liberalen aufgegriffene Debatte um den französischen Kommissar wurde schnell der Boden entzogen.

Barroso hat jetzt ein gutes Team, das unter seiner Richtlinienkompetenz erfolgreich arbeiten kann. Mit der breiten Unterstützung durch das Europäische Parlament hat die neue Kommission die notwendige Voraussetzung, um die wichtigen Aufgaben dieser Legislativ zu bewältigen. Die EVP-ED-Fraktion wird die Kommission unter Führung Barrosos hierbei unterstützen, aber gleichzeitig auch die Aufgabe der parlamentarischen Kontrolle der Kommission wahrnehmen.

Prof. Dr. Hans-Gert Pöttering (CDU Niedersachsen) ist Vorsitzender der EVP-ED-Fraktion des Europäischen Parlaments.

PETER LIESE:

Kinder brauchen bessere Medikamente

EU-KOMMISSION REAGIERT AUF DRÄNGEN DES PARLAMENTS

Kinder in Europa erhalten nicht die bestmögliche medizinische Behandlung. Dies hat oft fatale Folgen. Vor einigen Jahren starb ein Kind an einer Entzündung des Gehirns (Encephalitis), obwohl es ein wirksames Medikament dagegen gab. Dieses Medikament (Acyclovir) war jedoch für die Behandlung bei Kindern nicht zugelassen. Bei schweren Schmerzen müssen auch Kinder häufig

Opiate (z.B. Morphin) erhalten. Es gibt aber keine geeignete Darreichungsform für Kinder, weshalb man oft eine sehr kleine Menge aus der Ampulle für Erwachsene nimmt. Weil es dabei zu Fehldosierungen kommen kann, ist das Leben der kleinen Patienten in Gefahr. 50 Prozent der Medikamente, mit denen Kinder behandelt werden, sind eigentlich nicht für diese Anwendung zugelass-

sen. Der Zustand verschlimmert sich, je schwerer die Erkrankung ist. Auf Intensivstationen liegt die Rate bei 90 Prozent. Arzneimittel werden in der EU nicht systematisch im Hinblick auf ihre Wirkung bei Kindern untersucht. Für dieses Problem gibt es vor allem zwei Ursachen.

- Tests von Arzneimitteln an Kindern werden unter ethischen Aspekten sehr kritisch diskutiert. Die Gefahr, dass Kinder als Versuchskaninchen genutzt werden, ist nicht zu ignorieren. Daher hat das Europäische Parlament gemeinsam mit dem Ministerrat bereits im März 2000 klare Regeln erlassen. Mit der Novellierung des Arzneimittelgesetzes sind diese Regeln jetzt auch in Deutschland in Kraft getreten. Nur unabdingbare Studien, die notwendig sind um die Therapie bei Kindern zu verbessern, dürfen auch durchgeführt werden.

- Der zweite Grund für die mangelnde Arzneimittelsicherheit bei Kindern ist die Tatsache, dass sich die Untersuchungen für die pharmazeutische Industrie nicht lohnen. Der Markt für Kinderarzneimittel ist insbesondere bei seltenen, aber sehr schweren Erkrankungen klein.

Dieses Beispiel zeigt, dass viele wichtige Fragen heute nicht mehr auf nationaler Ebene gelöst werden können. Durch den gemeinsamen Markt und vor allem durch die sehr kleine Anzahl von

Patienten in jedem einzelnen Mitgliedsstaat kann das Problem nicht auf nationaler Ebene, sondern nur europaweit gelöst werden. In den USA gibt es unter anderem durch den persönlichen Einsatz der Präsidenten Clinton und Bush schon seit Jahren eine Regelung zur

Verbesserung der Arzneimittelsicherheit bei Kindern. Einzelne Mitgliedsstaaten der EU sind zu klein, um diese Regelung zu übernehmen. Daher hat das Europäische Parlament die Europäische Kommission schon vor längerer Zeit aufgefordert, eine gesetzliche Initiative vorzulegen. Im September folgte die Kommission dem Drängen des Parlamentes. Neue Arzneimittel kön-

nen in Zukunft nur zugelassen werden, wenn sie auch im Hinblick auf ihre Wirksamkeit an Kindern untersucht wurden. Im Gegenzug soll der pharmazeutischen Industrie ein finanzieller Anreiz gegeben werden. Wenn ein Medikament im Hinblick auf seine Wirkung bei Kindern untersucht wird und wenn dadurch die kleinen Patienten profitieren, soll der Hersteller mit einem halben Jahr zusätzlicher Marktexklusivität belohnt werden. Das heißt, dass preiswerte Nachahmerprodukte (Generika) erst ein halbes Jahr später auf den Markt kommen dürfen. Die CDU/CSU-Abgeordneten setzen sich für eine zügige Verabschiedung des Verordnungsentwurfes ein und versuchen noch weitere Verbesserungen im Sinne der kleinsten Patienten zu erreichen.



Peter Liese MdEP

MARKUS FERBER:

Europa fit für die Herausforderung machen

CDU/CSU-GRUPPE SETZT SICH FÜR EINEN SPARSAMEN
EU-HAUSHALT EIN

Die EU-Erweiterung prägt wie kaum ein anderes Ereignis die politische und gesellschaftliche Gegenwart und hat Auswirkungen auf die Zukunft Europas. Es müssen also vielfältige Überlegungen angestellt werden, wie die EU diese Aufgaben meistern kann. Bisherige Instrumente und Strukturen müssen überprüft werden, ob sie

den gewachsenen Anforderungen standhalten und finanzielle Grundlagen müssen neu überdacht werden.

Mit der finanziellen Vorausschau werden die Ausgaben der Europäischen Union in einen mehrjährigen Finanzplanungsrahmen gestellt. Für die kommenden Jahre werden dabei die Obergrenze des Unionshaushaltes bestimmt und die Globaltats der einzelnen Politikbereiche verbindlich festgelegt. Grundlage hierfür ist eine interinstitutionelle Vereinbarung. Am Ende des Verfahrens steht ein einvernehmlicher Beschluss der Kommission, des Parlamentes und des Rates. Im Verfassungsvertrag findet sich nunmehr auch eine normative Ausgestaltung des Verfahrens. Gemäß Artikel I-54 und Artikel III-308 wird er durch Europäisches



Markus Ferber MdEP

Gesetz des Rates nach Zustimmung und einer Konzertierung mit dem Europäischen Parlament für fünf Jahre festgelegt. Dies Verfahren gilt aber erst für die Finanzielle Vorausschau nach 2013. Die Kommission hatte im Februar dieses Jahres eine Mitteilung zur Finanziellen Vorausschau angenommen, die die Basis für den Vorschlag

bildete, der seit Juli zur Beratung vorliegt. Für den Zeitraum nach 2006 schlägt die Kommission eine neue Rubrikenstruktur vor. Der neue Finanzrahmen soll stärker politikorientiert sein. Es finden sich jedoch keine Ansätze zu der Frage, wie und wo am ehesten eingespart werden kann. Auch die Frage einer Verteilung der Lasten zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten ist ausgeklammert.

Die Kommission möchte die EU-Ausgaben von bisher 100 Mrd. Euro auf 143 Mrd. Euro erhöhen. Der deutsche Anteil würde dann von 22,1 Mrd. Euro auf 30,7 Mrd. Euro ansteigen. Der von der Kommission lautstark propagierte Sparansatz ist dabei nicht zu erkennen. Wie gehen der unaufhörliche Ruf nach Konsolidierung der Mitgliedhaus-

halte, die Sparaufrufe an die Mitgliedstaaten und die Selbstbedienungsmentalität der Kommission zusammen?

Es ist ein großer Fehler der Kommission davon auszugehen, dass der Haushalt der EU-15 einfach nur aufgestockt werden müsste und dann würde die EU schon fit für die Herausforderungen der Erweiterung sein. Erstens ist dies bei der jetzt bereits bestehenden Belastung dem EU-Steuerzahler kaum zumutbar und zweitens sind Strukturänderungen dringend notwendig, die diesen Namen auch verdienen. Davor hat sich die Kommission bislang gedrückt und nimmt stattdessen kosmetische Veränderungen vor, indem sie die bisherigen Bereiche auf neue Rubriken aufteilt.

Strukturpolitik muss angepasst werden

Ein Bereich in dem die Reformanforderungen am deutlichsten werden, ist die Strukturpolitik. Diese muss dringend an die neuen Anforderungen angepasst werden. Ohne Reformen wird sie zum schwarzen Loch, in dem Unsummen kaum kontrollierbar verschwinden. Gelingen wird dies jedoch nur, wenn zunächst die Aufgaben klar umrissen sind und Europa sich auf seine Kernaufgaben besinnt, ohne nach jeder Kompetenz zu greifen unabhängig davon, ob die Aufgaben besser bei der Mitgliedsländern aufgehoben sind oder sich die EU bei der Finanzierung verheben würde.

Als Ergebnis muss die EU dahin kommen, dass mehr Geld in Bereiche fließt, die einen eindeutigen europäischen Mehrwert haben. Wir brauchen

beispielsweise mehr Geld in der Forschung. Eine starke, leistungsfähige Forschung bildet den Stützpfiler für eine zukunftsorientierte Wirtschaft und damit einen Grundstein auf dem Weg zur Erfüllung der Lissabonziele.

Die EU wird auf Dauer nur erfolgreich sein, wenn es eine einheitliche und solide Außenpolitik vertritt, die Europa für andere Staaten zu einem verlässlichen Partner macht. Daher muss auch die Außenpolitik finanziell besser ausgestattet sein, als bisher.

Reformen in der Agrarpolitik notwendig

In vielen anderen Bereichen sind Reformen notwendig. Im Bereich der Agrarpolitik sind Änderungen dringend erforderlich. Unbestritten müssen die Vorgaben der Agrarreform und die in den Beitrittsverträgen aufgestellten Bedingungen erfüllt werden. Aber heißt dies, dass die Gelder ohne Einschränkungen aus dem EU-Haushalt aufgebracht werden müssen?

Das Europäische Parlament stellt sich diesen Aufgaben. Es hat einen nichtständigen Ausschuss eingesetzt, der bis zum Frühjahr seinen Bericht verabschieden wird. Die CDU/CSU-Gruppe wird sich dabei für einen sparsamen Haushalt einsetzen, denn der europäische Steuerzahler ist an der Grenze seiner Belastbarkeit angelangt und dies muss als faktische Grenze endlich Beachtung finden.

Markus Ferber (CSU) ist Koordinator der EVP-ED-Fraktion im Haushaltsausschuss des Europäischen Parlaments und Vorsitzender der CSU-Europagruppe.

kurz & bündig

AKTUELLES AUS DER EVP-ED-FRAKTION

■ **EVP-ED-Fraktionsvorsitzenden- konferenz in Brüssel**

Zu ihrem dritten Gipfeltreffen sind die Mitglieder des EVP-ED-Präsidiums, die Vorsitzenden der nationalen Delegationen im Europäischen Parlament sowie die EVP-ED-Vorsitzenden in den nationalen Parlamenten der 25 EU-Mitgliedstaaten vor kurzem in Brüssel zusammengetroffen. Unter dem Vorsitz von **Hans-Gert Pöttering** (CDU) berieten die Teilnehmer unter anderem über den Beitrittsantrag der Türkei, die Ratifizierung der europäischen Verfassung und die Einsetzung der neuen EU-Kommission. Ergebnis des auf Einladung des Fraktionsvorsitzenden Hans-Gert Pöttering einberufenen Meinungsaustausches waren unter anderem, dass der türkische EU-Beitrittsantrag ergebnisoffen, die Verfassung möglichst breit kommuniziert und die neue EU-Kommission unter dem der EVP-Parteienfamilie angehörenden Kommissionspräsidenten **José Manuel Durão Barroso** zügig ihre Arbeit aufnehmen soll. In Anwesenheit des EVP-Parteivorsitzenden **Wilfried Martens** bekräftigten die Anwesenden ausdrücklich ihre Unterstützung für die neue, im Lichte des Ergebnisses der Europawahlen christdemokratisch-konservativ dominierte EU-Kommission.

■ **Sudan: Situation in Darfur ist unerträglich**

Die parlamentarische Versammlung AKP-EU hat sich in einer gemeinsamen Resolution für ein schnelles Eingreifen

in der sudanesischen Krisenregion Darfur ausgesprochen. Die Vertreter aus 70 Mitgliedstaaten Asiens, der Karibik und im Pazifik sowie den 25 EU-Mitgliedstaaten sprachen sich in einer entsprechenden Resolution unter anderem für Wirtschaftssanktionen gegen Khartoum aus – unter der Voraussetzung, daß die sudanesischen Zivilbevölkerung dadurch nicht zu Schaden kommt. Ferner sollen die ganz offensichtlich von arabischen Moslemmilizen an schwarzafrikanischen Glaubensbrüdern verübten Gräueltaten und Menschenrechtsverletzungen durch eine unabhängige internationale Expertenkommission untersucht sowie Sanktionen einschließlich eines Waffenembargos gegen den Sudan erwogen werden. Die tschechische EVP-ED-Abgeordnete **Jana Hybásková** und der zuständige EVP-ED-Koordinator im Entwicklungsausschuss des Europäischen Parlaments, **Nirj Deva** (GB), bezeichneten die Resolution als einen wichtigen Schritt hin zur Benennung der Schuldigen für die humanitäre Katastrophe in Darfur und für eine Bestrafung der dafür Verantwortlichen vor dem Internationalen Strafgerichtshof.

■ **Vertreter Simbabwe bleiben weiterhin ausgeschlossen**

Als richtig hat die niederländische EVP-ED-Abgeordnete **Maria Martens** die maßgeblich auf Druck ihrer Fraktion hin getroffene Entscheidung bezeichnet, Vertreter Simbawwes, die sich

schwerwiegender Menschenrechtsverletzungen vor allem gegen die weiße Minderheit im Lande schuldig gemacht haben, vom nächsten Zusammentreffen AKP-EU in Den Haag auszuschließen. Frau Martens stellte nochmals klar, dass ihre Fraktion andernfalls diese Tagung boykottiert hätte und sprach sich zudem dafür aus, angesichts der sich weiterhin verschlechternden Lage in Simbabwe, den Druck auf die Regierung in Harare noch weiter zu erhöhen. Dort seien Einschüchterungen, willkürliche Verhaftungen und Folter vor allem gegen weiße Farmer an der Tagesordnung, während sich gleichzeitig die Versorgungslage der Gesamtbevölkerung immer weiter verschlechtere. Solange die Regierung Mugabe ihre Diktatur über das Land aufrechterhalte, werde sich das Europäische Parlament einerseits für eine Ahndung von Menschenrechtsverletzungen und andererseits für die Fortsetzung des politischen Dialogs mit den kooperativen Kräften im Lande als dritte Säule neben der Entwicklungs- und der Handelspolitik einsetzen.

■ EU fördert türkischen Teils Zyperns

Auf seiner jüngsten Plenartagung hat das Europäische Parlament die Schaffung eines finanziellen Instruments in Höhe von 259 Millionen Euro für den tür-

kisch besetzten Nordteil Zyperns bis zum Jahr 2006 gebilligt. So hatten die Außenminister nach dem negativen Ausgang des Referendums über eine Wiedervereinigung der Insel beschlossen, diesen Betrag – der für den Fall einer politischen Einigung bereitgestellt worden war – als Beitrag zur Überwindung der Isolierung der türkischen Gemeinschaft Zyperns zu verwenden. Mit der Abwicklung der Gemeinschaftshilfe wird die Europäische Agentur für Wiederaufbau in Thessaloniki beauftragt.

Die finanzierten Maßnahmen zielen auf die Förderung einer politischen Lösung des Zypern-Problems ab und konzentrieren sich hauptsächlich auf Wiederaufbauprojekte in ländlichen Gebieten – sofern die Eigentumsrechte von EU-Bürgern nicht verletzt werden – in den Bereichen Telekommunikation, Verkehr, Umwelt- und Sozialpolitik sowie auf Projekte des Bildungswesens. Ein Beschluss über die geeignete Haushaltslinie muß noch gemeinsam von Rat und Parlament gefasst werden, sobald diese einen Berichtigungshaushaltsplan verabschieden, dessen Entwurf der Rat noch vorzulegen hat.

*Knut Götz, EVP-ED-Pressestelle,
kgolz@europarl.eu.int*

Impressum

UNION IN EUROPA – Informationen der EVP-ED-Fraktion des Europäischen Parlaments. Für den Inhalt verantwortlich: Hartmut Nassauer MdEP, Markus Ferber MdEP. Redaktion: Stephan Mock, CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament, Deutscher Bundestag, W 60, 11011 Berlin, Telefon 030-227-757 75, e-mail: stephan.mock@cducsu.de. Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Tel. 0 22 26-802-0. Verlagsleitung: Bernd Proffittlich, e-mail: oliver.murmann@ubg-medienzentrum.de. Herstellung: VVA – Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.